

# Noch weit weg von reicher Ernte

Geschlossene Grenzen und eklatante Fälle von Ausbeutung haben Erntehelfer im Coronajahr zum Thema gemacht. Auch heuer fehlen wieder Hunderte Arbeitskräfte.

BIRGITTA SCHÖRGHOFER  
REGINA REITSAMER

**SALZBURG.** Mit der Größenangabe von 100 Hektar kann ein Nicht-Landwirt wenig anfangen. Vorstellbarer wird die Sache, wenn Spargelbauer Werner Magoschitz erklärt: „Mit meinen Folientunneln käme ich bis nach Vorarlberg.“ Rund 500 Kilometer Spargeldämme bestellt Magoschitz im Marchfeld. Für die händische Ernte, die in der Regel von April bis Mitte Juni dauert, braucht es rund 180 Arbeitskräfte. „In jedem Hektar stecken 800 Arbeitsstunden“, erklärt Magoschitz. Als Obmann des Vereins Genuss Region Marchfeldspargel spricht er für 14 Betriebe mit in Summe mehr als 500 Hektar und einem Bedarf von rund 1000 Helfern. Das größte Problem, das man habe: „Es gibt zu wenig Kontingentsplätze für Saisonarbeitskräfte.“

Geschätzte 15.000 Erntehelfer sind österreichweit auf den Obst- und Gemüsefeldern im Einsatz, der Großteil kommt aus dem EU-Ausland. Für Saisonarbeitskräfte aus Drittstaaten wie der Ukraine oder Bosnien gibt es heuer für die gesamte Land- und Forstwirtschaft ein Kontingent von 3046 Plätzen. Im Vorjahr standen die ausländischen Erntehelfer nicht nur wegen ihres Ausfalls ob der geschlossenen Grenzen im ersten Corona-Lockdown im Scheinwerferlicht – letz-

lich wurden rund 1000 eingeflogen. Auch deren Unterbringung geriet in die Schlagzeilen.

Es waren eklatante Missstände, die gleich mehrmals aufflogen: schimmelige Zimmer, für die auch noch hohe Summen vom Lohn abgezogen wurden, vier statt der vorgeschriebenen acht Euro Lohn pro Stunde und bis zu 100 Stunden Arbeit pro Woche. Insgesamt 315 Betriebe habe man 2020 kontrolliert, sagt Wilfried Lehner, Leiter der Finanzpolizei. 84 Strafanträge seien gestellt worden und in Summe Geldstrafen von 185.000 Euro bean-



BILD: SW/MANNSDORF

„Folientunnel käme bis Vorarlberg.“

Werner Magoschitz,  
Spargelbauer

tragt worden. „Zumeist kumulieren mehrere Delikte“, so Lehner, von Schwarzarbeit über Lohn- und Sozialdumping bis zur illegalen Ausländerbeschäftigung. Typisch für die Branche seien solche Extremfälle nicht. „Viele agieren sauber, umso mehr ärgert es, wenn sich manche preislich Vorteile verschaffen.“

Dass sich durch die Diskussion im Vorjahr viel an der Lage verbessert hat, erwartet Lehner aber nicht. „Die Ertragssituation der Bauern ist ja nicht besser geworden, gerade bei



Heimische Arbeitskräfte sind für die Spargelernte selten zu gewinnen.

BILD: SN/DPA

manchem Obst und Gemüse ist der Preisdruck immens und viel harte, händische Arbeit nötig.“ Entsprechend hoch sei die Verlockung, kreativ zu entlohnen.

Ähnlich sieht das Sónia Melo, Mitbegründerin der Infokampagne Sezoniari (Rumänisch für Saisonarbeiter), hinter der Aktivistin und die Gewerkschaft stehen. In erster Linie gehe es um Aufklärung – mehrsprachig. „Viele Betroffene wissen überhaupt nichts über ihre Rechte“, sagt Melo. Denn nicht nur Löhne, auch Anforderungen, die Unterkünfte erfüllen müssten, und wie viel dafür vom Lohn abgezogen werden dürfe, sei geregelt. „Das Problem sind sicher fehlende Kontrollen.“ Dass Erdbeeren oder Spargel massiv teurer würden, wenn man sich an die Regeln hält, glaubt Melo übrigens nicht. „Wenn der Handel nicht so hohe Spannen draufschlagen würde, wäre viel gelöst.“

„Wenn man mehr regionale Produkte haben will, sollten Lippenbekenntnisse tatsächlich spürbar sein“, sagt auch Stefan Hamedinger vom Verband der Obst- und Gemü-

sebauern in Oberösterreich. Bei Ware, die händisch geerntet werde, sei es schwer, konkurrenzfähig zu sein. Das G’riss um die Saisonarbeitskräfte sei groß. Weil aus dem EU-Ausland immer weniger Arbeiter kämen – „Wer kann, sucht sich in Polen oder Rumänien einen Ganzjahresjob“ –, sei bei den Landwirten um die Helfer aus den Drittstaaten ein Wettlauf entfacht. Für die 1164 Kontingentsplätze in Oberösterreich gebe es heuer mehr als 1900 Anträge auf Bewilligung. Noch größer sei die Lücke in Niederösterreich. „Da gab es schon im Jänner 2000 Anträge für 550 Plätze.“ Die Zahl der Anbauflächen in Österreich könnte viel stärker steigen, ist Hamedinger überzeugt, „nur können die Bauern diese Chance nicht nutzen, weil ihnen das Personal nicht aufgestockt wird.“

Die Marchfelder Spargelbauern haben in ihre Statuten ein verpflichtendes Sozialprogramm aufgenommen. Für Strom und Heizung in den Unterkünften etwa dürfen nicht mehr als je 19 Euro pro Monat abgezogen werden.

## Für 1400 brutto aufs Gemüsefeld

**25.000 Menschen** arbeiten in Österreich in der Land- und Forstwirtschaft. Etwa 15.000 sind Nicht-Österreicher, wobei der Großteil von 12.000 aus dem EU-Ausland kommt. Für Saisonarbeitskräfte aus Drittstaaten wie der Ukraine oder Bosnien gibt es heuer ein Kontingent von 3046 Plätzen. 1400 Euro brutto im Monat erhält ein Erntehelfer etwa in Oberösterreich, ab 1. Dezember 1500 Euro. In Niederösterreich gibt es heuer 1540 Euro brutto.

**Lebensmittelhelfer.at** heißt die Plattform, über die im ersten Corona-Lockdown Erntehelfer aus dem Inland rekrutiert wurden. Rund 5000 Personen seien im Vermittlungsprozess gewesen, heißt es beim Maschinenring. Wie viele davon tatsächlich gearbeitet hätten, wisse man nicht. Derzeit sei nicht geplant, die Plattform wieder zu aktivieren.

## Wettbewerbshüter filzen die Müllbranche

Es geht um angebliche Preisabsprachen und Marktaufteilung – und das seit über 15 Jahren.

REGINA REITSAMER  
GERALD STOIBER

**SALZBURG, GRAZ, WIEN.** Mit 30 eigenen Mitarbeitern und über 70 Kriminalbeamten führt die Bundeswettbewerbsbehörde BWB seit Dienstag Hausdurchsuchungen in der heimischen Abfallbranche durch. Es gehe um den Verdacht von Preisabsprachen, Marktaufteilung sowie Absprachen bei Ausschreibungen, bestätigt BWB-Sprecherin Sarah Furlinger – und das seit offenbar über 15 Jahren. Geschädigt seien möglicherweise private Haushalte ebenso wie Industrie und Unternehmen. An 20 Standorten österreichweit würden Hausdurchsu-

chungen durchgeführt, sagte Furlinger Donnerstagnachmittag, und sie seien noch nicht abgeschlossen. Details nenne man daher nicht.

Hausdurchsuchungen bestätigt haben Branchengrößen wie die Energie AG OÖ und Saubermacher, aber auch kleinere Betriebe wie Brantner (NÖ). Auch bei der Salzburger Firma Rieger in Neumarkt am Wallersee mit Töchtern in Wien und Linz fand bereits Dienstagmorgen eine Durchsuchung statt, wie Firmenchef Johann Rieger jun. bestätigt. Computer und Schriftverkehr seien überprüft worden. Den Hintergrund kann er sich nicht erklären. Vorwürfe von Preis- oder Gebietsabsprachen weist er scharf

zurück. Auch bei Brantner sieht man sich im Gegensatz zu Branchengrößen nur am Rand betroffen.

Laut Brancheninsidern ist es bei dem Verdacht der Preisabsprachen und der Gebietsaufteilung, aber auch den Absprachen bei Ausschreibungen nur um die Sammlung und den Transport von Müll gegangen, nicht aber um die Abfallverwertung an sich. Etliche große Gemeinden wie die Stadt Salzburg, Wien oder Zell am See übernehmen Sammlung und Transport ihres Mülls selbst. Nicht nur bei vielen anderen Gemeinden, auch bei Industrie und Gewerbe geht es um ein Millionengeschäft. Österreichweit zählt die Abfallbranche 300 Betrie-

be und mehr als fünf Milliarden Euro Umsatz. Die sechs größten Firmen kommen auf zwei Mrd. Euro.

Bernadette Triebel-Wurzenberger, Sprecherin der Firma Saubermacher aus Feldkirchen bei Graz,

## Abfallwirtschaft setzt fünf Milliarden Euro um

einem der größten Unternehmen der heimischen Abfallwirtschaft, bestätigte die BWB-Nachschau in der Saubermacher-Zentrale. Es habe „punktuelle Untersuchungen“ gegeben, man könne aber nicht von einer Razzia sprechen. Der technische Datenaustausch sei auch noch

nicht abgeschlossen. Man müsse sich aber erst ein umfassendes Bild machen, welche Verdachtsmomente die BWB untersuche. Die Energie AG Umwelt Service aus Oberösterreich erklärte dazu bereits, die Untersuchungen der BWB bezögen sich auf den Bereich Sammlung und Logistik. Im Zuge dessen sei der Standort Hirsching der Energie AG Umwelt Service GmbH durchsucht worden. Das Unternehmen „wirkt an der Aufklärung aktiv mit und hat gegenüber der BWB volle Kooperationsbereitschaft zugesichert“, erklärte Firmensprecher Michael Frostel. Die Energie AG gehört über die Landesholding mehrheitlich dem Land Oberösterreich.